

Finanzminister Hergt über die Steuerpläne.

Abgeordnetenhaus-Sitzung vom 14. März.

Handelsminister Sydow hatte vorgestern in seiner Rede besonderes Gewicht darauf gelegt, der deutschen Arbeiterschaft eindringlich zu Gemüte zu führen, daß sie von der Arbeiterschaft in den feindlichen Staaten, namentlich der englischen, nichts zu erwarten habe; denn auch in der englischen Arbeiterschaft herrschten Stimmungen vor, denen es als Ziel des Krieges erscheine, Deutschland nach Möglichkeit vom Weltmarkt zu verdrängen. Er war dabei auch auf Elsaß-Lothringen zu sprechen gekommen, und hatte bemerkt, daß es auch in diesem Punkt für die Engländer und Amerikaner sich hauptsächlich darum handle, uns der in den Reichs-Ländern vorhandenen wirtschaftlichen Schätze zu berauben: was dem deutschen Arbeiter wohl noch nicht genügend zum Bewußtsein gebracht sei. Diese Äußerungen hatten schon vorgestern dem sozialdemokratischen Abg. Hue Anlaß zu einer kurzen Abwehr geboten. Gestern ging nun sein Parteigenosse Leinert noch einmal auf die Sache ein. Auch er gab die unumwundene Erklärung ab, daß es für die deutsche Sozialdemokratie eine elsass-lothringische Frage, über die wir uns mit dem Auslande auseinanderzusetzen hätten, nicht gebe; die deutsche Sozialdemokratie habe von allem Anfang auf den Standpunkt gestanden, das deutsche Vaterland zu verteidigen, und dazu gehöre auch Elsaß-Lothringen. Dem Minister machte er den Vorwurf, daß seine Auslassungen in der englischen Arbeiterschaft falsche Vorstellungen über die Haltung der deutschen Arbeiterschaft erwecken könnten.

Herr Sydow legte darauf nochmals das Nähere dar, in welchem Sinne die beanstandeten Bemerkungen aufzufassen gewesen seien, und fügte hinzu, daß sie an die gesamte Arbeiterschaft, auch den Teil, der nicht Herrn Leinert und seinen Freunden anhängt, gerichtet waren, um ihr klarzumachen, wie wenig auf ein Entgegenkommen der englischen Arbeiter zu rechnen sei.

Sonst brachte der Rest der Beratung über den Etat für Handel und Gewerbe, der ein Schlußantrag ein Ende setzte, noch Ausführungen des freikonservativen Abg. Dr. Wagner-Breslau und des fortschrittlichen Abg. Haase, der mit Wärme für das unter den Kriegsnöten schwer leidende Handwerk eintrat. — Die Ausschußanträge zugunsten des Handwerks wurden angenommen; weitergehende fortschrittliche und nationalliberale Anträge wurden abgelehnt. Angenommen wurde ferner der Antrag Dr. Bell über die Erweiterung der Tätigkeit der Kriegshilfsklassen und die Regelung der Uebergangswirtschaft, abgelehnt der Antrag Fürbringer über die Seefahrschulen.

Darauf vollzog sich der Rollenwechsel am Regierungstisch: Herr Sydow mit seinen Räten räumte das Feld, und Finanzminister Hergt und seine Räte nahmen die freigewordenen Plätze ein. Denn jetzt hatte die Stunde für den Etat der Finanzverwaltung geschlagen. Den Bericht erstattete der Zentrumsgesandte Dr. Schmiedding. Der konservative Abg. v. Hennings-Fechlin wollte die Verlegung des Oberpräsidiums von Potsdam nach Charlottenburg hinnehmen, erhob aber Einspruch gegen eine etwaige dauernde Verlegung des Oberpräsidiums von

Schleswig nach Kiel, in welchen beiden Punkten ihm dann der nationalliberale Abg. Dr. Keil beipflichtete. Den Kern seiner Ausführungen bildete die Bekundung eines sehr lebhaften Mißtrauens gegen die Steuerpolitik des Reichs. Sehr scharf wendete er sich gegen Pläne einer „Vermögenskonfiskation“. Es folgte eine große Rede des Finanzministers, der mit beinahe unheimlicher Geschwindigkeit von einer Frage seines Verwaltungsgebiets zur andern eilte. Er warnt davor, mit immer neuen kostspieligen Anforderungen an die Staatsfinanzen heranzutreten, und rief mit seiner Bemerkung, in der Beziehung werde die Steuer-Novelle, die nächstes Jahr kommen werde, für das Volk eine Art Beruhigung sein, verständnisvolle Heiterkeit hervor. Zum Schluß verließ er der Zuversicht Ausdruck, daß alle Lasten, die uns erwarten, zu ertragen sein werden, ohne daß die bundesstaatlichen Interessen darunter leiden.

Die Rede des Finanzministers Hergt.

Der Finanzminister führte u. a. aus: Der Finanzlage der Gemeinden schenken wir die größte Aufmerksamkeit. Bei den künftigen Reichssteuern werden wir, wo es nur irgend angeht, dafür eintreten, daß gewisse Anteile dieser Reichssteuern aufgefangan und auf dem Umweg über die Bundesstaaten den Gemeinden zugeführt werden. Diese Millionen werden dann einen Grundstock abgeben auch für den Lastenausgleich. Jedenfalls wird dieser Grundsatz schon bei der jetzt bevorstehenden Zwischenfinanzreform im Reich durchgeführt werden. Den Kriegsbeschädigten werden alle möglichen Steuererleichterungen gewährt. Ein Rundschreiben in diesem Sinne ist dieser Tage ergangen, hoffentlich machen die Steuerbehörden davon auch Gebrauch. Auf die Steuerzuschläge können wir in der Tat nicht verzichten. Seit der Einbringung des Etats haben sich die Verhältnisse noch verschlechtert. Die neuen Steuerzulagen für die Beamten kosten rund 120 Millionen Mark und eine Erhöhung der Löhne der Eisenbahnarbeiter steht bevor. Wir werden also mit einem endgültigen Fehlbetrag von mehreren Hundert Millionen für das Etatsjahr 1918 rechnen müssen. Mit neuen Steuern müssen wir zurückhaltend sein, denn Steuererhöhungen entfesseln die Leidenschaften immer stark und bilden eine starke Belastung des Vertrauensverhältnisses zwischen Regierung und Landtag. Aber wir können jetzt nicht mehr länger warten, bis eine endgültige Regelung unserer Finanzen möglich ist, wir müssen jetzt an eine vorläufige Regelung herangehen. Unser Volk muß sich des Ernstes der Lage voll bewußt werden. Man kann nicht immer nur Anforderungen auf allen Gebieten stellen. Der Wiederaufbau der Eisenbahnen wird Milliarden kosten, Kanalsprojekte werden ebenfalls Milliarden kosten, und auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge und der Bevölkerungspolitik werden Pläne verfolgt, die gleichfalls der Bevölkerungspolitik an die Staatskasse stellen. Wir verungewöhnern mit der Zeit das Augenmaß des Erreichbaren. (Sehr richtig!) Es ist höchste Zeit, daß man dem Volke sagt, wieviel Geld es kostet, wenn diese Anforderungen sämtlich befricligt werden sollen. In diesem Sinne wird die Steuernovelle, wenn sie im nächsten Jahr kommt, für das Volk eine Art Beruhigung sein. (Heiterkeit.) Selbstverständlich suchen wir schon jetzt herauszuholen, was herauszuholen ist. Leider aber gibt es noch immer Jenen, bei denen wir nachträglich feststellen müssen, daß es nicht gelungen ist, sie zur Steuer heranzuziehen. Hier muß eine Besserung eintreten. Wenn die Spruchfähigkeit des Oberverwaltungsgerichtes da vielfach den Gesetzen nicht so gerecht geworden ist, wie wir uns diese Gesetze bei der Beratung gedacht haben, dann müssen wir durch eine Abänderung des Gesetzes, dieser Spruchfähigkeit entgegenarbeiten. Die Steuer-Veranlagung muß vertieft und viel weiter ausgestaltet werden. (Zustimmung links.) Jede Steuer-Veranlagung muß gerecht, gerecht und abermals gerecht sein. Erste Voraussetzung jeder Gerechtigkeit ist eine gleichmäßige Veranlagung, und diese Gleichmäßigkeit ist heute nicht da. (Sehr richtig!) Wir können damit nicht länger warten, dem überlasteten Landrat muß das Steuergeschäft abgenommen werden. (Sehr richtig! links.) Wir brauchen hauptsächlich amtliche Steuerkommissare.

Das zukünftige Steuerprogramm.

Die Steuernovelle wird dem Landtag im nächsten Winter zu gehen. Was unser Steuerprogramm für die Zukunft anbelangt, so müssen wir angesichts des großen Bedarfes Verlehrs und Verbrauchs stark belasten. Wenn das aber geschieht, dann müssen wir auch für eine entsprechende Belastung der besitzenden Klassen sorgen. (Sehr richtig! links.) Im Ausschuss ist darüber ja eingehend verhandelt worden. Die Erbschaftsteuer wird beim Reich bleiben müssen. Eine Wiederholung der Kriegsgewinnsteuer ist unvermeidlich, und auch mit einem Ausbau der Besitzsteuer im Reich müssen wir uns endgültig abfinden. Ob sich eine nochmalige Erhebung des Wehrbeitrages empfiehlt, dürfte aber schon zweifelhaft sein. Auf keinen Fall können wir uns heute schon darauf festlegen, in welcher Form der Besitz am zweckmäßigsten besteuert wird. Wohl aber wird, wenn es an die große Schlussabrechnung des Krieges geht, geprüft werden müssen, was dem Reich, was den Bundesstaaten und was den Gemeinden an Steuern gebührt. Bis dahin darf unter keinen Umständen an dem Grundsatz gerüttelt werden, daß den Bundesstaaten die laufenden direkten Steuern aus dem Einkommen und dem Vermögen gebühren. (Sehr richtig! rechts.) Weiter darf gerade weil die Zukunft noch völlig unklar ist, unter keinen Umständen die Zwischenfinanzreform im Reich einen auch noch so harmlos erscheinenden Eingriff in das direkte Steuersystem der Bundesstaaten vornehmen. (Sehr richtig! rechts.) Ich befinde mich da in Uebereinstimmung mit allen einzelstaatlichen Finanzministern, und es ist uns gelungen, diesen Grundsatz beim Reichsschatzamt durchzusetzen. (Beifall.) Was die Zukunft bringen wird, ist eine cura posterior. Schon jetzt aber kann folgendes gesagt werden: Absurditäten werde ich nicht machen. Es sind Steuerföge von über 50 v. H. genannt worden. Ich kann erklären, daß ich schon Steuerföge von 20—25 v. H. für völlig unentrichtlich halte. (Bravo!) Kürzlich ist durch die Zeitungen gegangen, daß Parlamentarier sich ausgerechnet hätten, mit welcher Belastung in der Zukunft die Steuerzahler rechnen haben würden. Man ist da auf 45 v. H. des Einkommens gekommen, und im Lande hat dieses Ergebnis große Beunruhigung hervorgerufen. Zur Beruhigung des Landes möchte ich daher erklären, daß ich solche Prozedere für völlig absurd halte. Auch der Reichsschatzsekretär wird sich von Extremen fernhalten. Wenn auch mit der zunehmenden Dauer des Krieges die Lasten immer größer werden, wir werden in Zukunft doch bestehen, ohne daß die bundesstaatlichen Interessen darunter zu leiden brauchen. (Beifall.)

Weiterberatung: Freitag 11 Uhr.